

Boris Palmer mischte sich per Brief an Bürgermeister Fifka in die Mössinger Baupolitik ein – das trug ihm Leserbriefschelte und -zuspruch ein.

»Muss mich einmischen«

(...) Helmut Seidel sieht in meiner Kritik an der Grundstückspolitik des Mössinger Bürgermeisters Werner Fifka eine unzulässige Einmischung in kommunale Angelegenheiten. Was die grün-schwarzen Brücken angeht, ist Herr Seidel als hauptberuflicher Berater der SPD-Landtagsfraktion empfindlich und entschuldigt. Beruhigen mag ihn vielleicht, dass ich CDU-OB Tappeser in vergleichbaren Angelegenheiten so wenig geschont habe wie seinen Parteifreund Fifka.

In der Sache halte ich meine Kritik trotz des von Helmut Seidel formulierten Nicht-einmischungsgebots aufrecht. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut, aber das befreit Kommunalpolitiker nicht von einer Rechenschaftspflicht für ihr Handeln. Als Landtagsabgeordneter kann und muss ich mich dort einmischen, wo Fragen grundsätzlicher Bedeutung angesprochen sind oder Auswirkungen einer Entscheidung Gemarkungsgrenzen überschreiten. Das ist im Streit mit Werner Fifka beides der Fall. Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, wenn ein Bürgermeister öffentlich erklärt, er wolle die Landschaft zubauen, weil der Grundstücksverkauf zwei Jahre lang den Haushalt über die Runden rette. Es weist weit über Mössingen hinaus, wenn ein Bürgermeister das Ziel formuliert, man müsse noch rechtzeitig anderen Gemeinden Einwohner abjagen, bevor der demografische Wandel Stagnation bringt. Eine solche Politik hat einen hohen Preis. Die Landschaft wird zersiedelt, die Staus wachsen, die zentralen Städte werden durch günstige Grundstücksangebote auskonkurriert und ausge-

blutet, die Natur wird zugebaut. Weil die CDU/FDP-Landesregierung bewusst darauf verzichtet, dem durch eine stringente Landesplanung entgegen zu treten, kann nur die Vernunft der Kommunen die Entwicklung lenken. Durch eine flächensparende Bauleitplanung und die Konzentration auf die Nutzung vorhandener Flächen im Innenbereich hätten sie dazu durchaus die Möglichkeit. Das würde allerdings ein solidarisches Vorgehen über Gemeindegrenzen hinweg erfordern (...).

Boris Palmer, Landtagsabgeordneter der Grünen, Tübingen, Aixier Straße 66